

7. Sept 2016

## **Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Mittelfristiger Finanzplan 2016-2020 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2017/2018 der Freien und Hansestadt Hamburg**

– Senatsantrag –

Jörn Kruse

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Damen und Herren

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist gut - trotz der gegenwärtigen Bundesregierung. Eine florierende Wirtschaft führt zu hohen Steuer-Einnahmen. Dis gilt vor allem für die besonders boomende Freie und Hansestadt Hamburg. Insofern ist es kein besonderes Verdienst des Senates, sondern eine pure Selbstverständlichkeit, dass keine neuen Schulden gemacht werden sollen. Von versteckten Schulden in Nebenhaushalten (Schulbau, Öffentliche Unternehmen etc.) will ich jetzt mal nicht reden.

Dennoch will ich auch als Mitglied der Opposition einmal lobend erwähnen, dass der Haushalt auf mich -- und ich will einmal vorsichtig hinzufügen : soweit ich das beurteilen kann bei 4000 Seiten Zahlenwerke in einer nicht sehr leser-freundlichen Darstellung -- dass das Ganze auf mich einen verwaltungsmäßig soliden Eindruck macht.

Ärgerlich ist aber, dass auch jetzt in Hamburg -- also bei komfortabler Haushalts-Lage -- wieder der übliche Fehler von Regierungen in parlamentarischen Demokratien gemacht wird. Der besteht in der Überbetonung konsumtiver Ausgaben, die gegenwärtig Akzeptanz, Medien-Applaus und Wählerstimmen bringen, und Vernachlässigung von Investitionen in die Zukunft, bei denen der massenhafte Applaus erst später kommt. Das verstehe ich in Hamburg umso weniger, als für mich klar ist, dass die SPD vermutlich auch in 5 und 10 Jahren (und mehr) noch den Bürgermeister stellen wird. Sie würden also die politischen Früchte von Zukunfts-Investitionen noch selbst ernten.

Ich mache das mal an zwei Beispielen.

Das erste Beispiel bezieht sich auf die ökonomische Basis der Stadt, also die Wirtschaftsstruktur. Der Senat rühmt sich seit langer Zeit seiner Clusterpolitik. Das ist grundsätzlich ein vielversprechender Ansatz. Vor allem eignet er sich für schöne PR-Begriffe wie "Innovations-Allianz", „Smart Specialisation" oder (auch sehr schön) "Quadruple-Helix". Da geht doch jedem PR-Texter das Herz auf -- und der Leser ist beeindruckt, was auch Sinn der Sache ist.

Aber: Wenn der Cluster-Ansatz mehr sein soll als reine Deskription, ist natürlich jede aktive Clusterpolitik, die tatsächlich Wirkung hat (also Unternehmen und Märkte beeinflusst), ein Stück weit struktur-konservativ und dirigistisch. Vorausschauende Standort-Politik sollte in den Produkt-Zyklen ein Stück früher ansetzen: Was sind die Märkte und Cluster von morgen, die Hamburg übermorgen noch voranbringen und Arbeitsplätze schaffen und erhalten ??

Inhaltlich kann ich Ihnen die Antwort nicht geben. Aber ich weiß, wo ich die Antwort suchen würde: An der wissenschaftlichen Forschungsfront der verschiedenen Fächer -- und zwar nicht nur in bisherigen Clustern, sondern vor allem auch darüber hinaus. In technologie-basierten Sektoren erfolgen die ersten Schritte ins Neuland immer in Universitäten und staatlichen und privaten Forschungs-Instituten. Und Grundlagen-Forschung ist in der Tat eine staatliche Aufgabe.

Das ist eine Frage exzellenter Universitäten und Forschungseinrichtungen. Da sollten die Standort-Politiker -- also hier der Hamburger Senat -- nicht kleckern, sondern klotzen. Was Hamburg da zu bieten hat, ist nicht schlecht, aber viel mehr wäre sehr viel besser.

Ich denke dabei immer zuerst an Silicon Valley, das Dutzende von Produkten geschaffen hat, die wir alle täglich nutzen. Und es sind zig-tausende von hochbezahlten und anderen Arbeitsplätzen geschaffen worden. Und das schon seit Jahrzehnten. Silicon Valley basiert im Entstehungs-Kontext auf einer einzigen exzellenten Universität, nämlich Stanford.

Herr Bürgermeister, zeigen Sie doch mal den Angebern aus München, was eine Harke ist in Sachen Universitäten und Forschungseinrichtungen. Hamburg würde die besten Forscher aus Deutschland, Europa und aller Welt hierher locken können, wenn die Arbeitsbedingungen gut sind. Also: Nehmen Sie doch für die Hamburger Universitäten ein bisschen mehr Geld in die Hand als im Haushalt, den wir in den nächsten Monaten beraten. Das zahlt sich in einigen Jahren aus -- in Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen -- und auch für Sie persönlich.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die Innere Sicherheit. Hamburg hat schon jetzt eine unerträglich hohe Einbruchskriminalität mit einer erbärmlichen Aufklärungsquote. Und das liegt nicht an der Polizei, sondern an der Politik, die der Polizei und den anderen Sicherheitsdiensten die nötigen Mittel verweigert. Die Einbruchs- und andere Formen der Kriminalität (z.B. Computer-Kriminalität) werden in den nächsten Jahren noch gewaltig anwachsen, wenn der Senat nicht entschlossen gegensteuert. Das Gleiche gilt für die Gewalt-Kriminalität -- insbesondere solche mit islamistischem Hintergrund.

Der Senat reagiert zwar vorsichtig auf die kommende Bedrohung, indem ein paar mehr Stellen bei der Polizei geschaffen werden. Aber auch hier gilt, dass man nicht kleckern sondern klotzen sollte. Das Gefühl von Unsicherheit ist bei den Bürgern gravierend angewachsen. Wir brauchen viel mehr Polizisten, mehr Ermittler bei der Kripo, mehr Auswerter von Internet-Evidenz bei Polizei und Verfassungsschutz, mehr Sonderkommissionen zur Bekämpfung von Einbruchskriminalität. Jede Bande aus Rumänien und Georgien sollte Hamburg meiden wie der Teufel das Weihwasser. Im Polizeipräsidium in Alsterdorf sollten Bildschirm-Signale aufleuchten, wenn wieder das Auto einer Bande aus Georgien die Elbbrücken überquert.

Dies sind alles Zukunftsthemen, da man qualifizierte Verbrechensbekämpfer nicht im Katalog bestellt oder vom Arbeitsamt bekommt. Man muss sie selbst ausbilden, was Jahre dauert. Und man muss guten jungen Leuten Anreize und Perspektiven geben, zur Polizei zu kommen. Natürlich ist es gut, wenn Hamburg von München und Zürich lernt, wie software-basierte Crime-Prediktion funktioniert. Das sollte so schnell wie möglich in Hamburg getestet und umgesetzt werden. Aber eigentlich sollte Hamburg der Vorreiter sein. Hamburger Methoden der Aufklärung von Einbrüchen und anderen Delikten sollten wegweisend sein und Exportschlager werden.